

Beschluss (vorläufig) Kapitel 2: Stärken, was uns zusammenhält: die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vertiefen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 09.11.2018
Tagesordnungspunkt: EP-W Europawahlprogramm (Kapitel 2)

- 1 Jede*r Europäer*in soll sich frei entfalten können. Niemand wird zurückgelassen. Es
2 geht
3 fair und gerecht zu. Diesen Anspruch haben wir an Europa. Alles in allem hat die
4 Europäische
5 Union den Wohlstand auf dem Kontinent vergrößert. Aber Anspruch und Wirklichkeit
6 passen
7 nicht zusammen. Die Lebensverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten, zwischen Nord
8 und Süd,
9 Ost und West, klaffen auseinander. Genauso innerhalb der einzelnen Länder. Und die
10 ökonomische Globalisierung macht es immer schwieriger, soziale Gerechtigkeit zu
11 organisieren. Etwa wenn große Konzerne versuchen, Staaten gegeneinander
12 auszuspielen, und
13 die Länder in einen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern und die niedrigsten Löhne
14 geraten.
15 Oder wenn Unternehmen und Vermögende sich ihrer Verantwortung für das
16 Gemeinwesen mehr und
17 mehr entziehen oder erst gar nicht stellen. Diese Situation wird nun noch verschärft,
18 weil
19 die Digitalisierung die Art, wie wir leben und arbeiten, radikal verändern wird.
- 20 In den letzten Jahren und Jahrzehnten war in der Europäischen Union sowie in vielen
21 Mitgliedstaaten die Auffassung vorherrschend, dass die Ökonomie Vorrang vor dem
22 Politischen
23 hat, dass Regeln und Eingriffe in den freien Markt schädlich sind, dass es nur vom
24 Willen
25 und Vermögen des Einzelnen abhängt, ob sie oder er glücklich wird. Diese Auffassung
26 war
27 blind für die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die unsere Leben prägen und die es
28 einigen
29 schwerer und anderen leichter machen. In der Folge ist die Schere zwischen Arm und
30 Reich
31 weit auseinandergespalten. Vor allem die einseitige Sparpolitik während der Eurokrise
32 hat in
33 einigen Ländern eine ganze Generation ihrer Zukunft beraubt und die Europäische
34 Union
35 gespalten. Das ist ein ökonomisches, ein soziales Problem und ein demokratisches
36 Problem: Zu
37 viele leben in Armut, zu viele sind verunsichert, wenden sich enttäuscht ab,
38 verabschieden
39 sich aus der Gesellschaft.
- 40 Wenn wir diese Probleme lösen und mehr Sicherheit, Perspektive und Vertrauen geben
41 wollen,
42 müssen wir europäisch handeln. Denn angesichts der globalen Herausforderungen,

angesichts
25 der international agierenden Konzerne, die Unternehmenssitze und Produktionen je
nach
26 Steuer- und Lohnhöhe verlagern können, stoßen die Nationalstaaten an ihre Grenzen.
Aber ein
27 solidarisches Europa als gemeinsamer Wirtschaftsraum kann ihnen Paroli bieten und
einen
28 Rahmen setzen.

29 Für eine europäische Politik brauchen wir aber einen anderen Geist: Politik muss wieder
das
30 Heft des Handelns aufnehmen und wir müssen für Wohlstand, Freiheit und
Gerechtigkeit für
31 alle kämpfen. Es gilt, dafür Geld in die Hand zu nehmen. Nicht mehr ein Europa des
32 Sparzwangs und der Neiddebatten, sondern eines, das in die Zukunft seiner
Bürgerinnen und
33 Bürger investiert. Die Europäische Union soll europäische öffentliche Güter, die für alle
da
34 sind, wie Klimaschutz, innere und äußere Sicherheit, Finanzstabilität, Forschung, eine
35 europäische Infrastruktur für Kommunikation, Energie und Mobilität, schaffen und durch
36 gemeinsame Steuern solidarisch und gerecht finanzieren.

37 Wenn die EU Steuerdumping entschlossen bekämpft, kann es dafür sorgen, dass auch
die großen
38 Unternehmen und alle Vermögenden ihren gerechten Beitrag zum Solidarsystem
leisten. Eine
39 krisenfeste und prosperierende Währungsunion sehen wir als Grundpfeiler einer starken
und
40 solidarischen europäischen Gemeinschaft. Daher möchten wir die Währungsunion so
41 weiterentwickeln, dass weitere Krisen vermieden werden können und im Falle einer
Krise
42 trotzdem die nötigen Instrumente zur Stabilisierung der Wirtschaft einsatzbereit sind.
Wir
43 dürfen nicht wieder in eine Situation kommen, in der alleine die Europäische
Zentralbank
44 ihrer Verantwortung für die Stabilisierung der Wirtschaft nachkommt.

45 Der Binnenmarkt soll so ausgestaltet werden dass er die Rechte von Umwelt,
Verbrauchern und
46 Arbeitnehmer*innen umfassend schützt.

47 Europäischer Zusammenhalt heißt, allen Menschen in der EU soziale Rechte zu
garantieren, sie
48 überall durchzusetzen und einklagbar zu machen. Gerade Jugendliche brauchen eine
49 Perspektive. Alle Menschen in der EU müssen sich auf faire Löhne und
Arbeitsbedingungen, auf
50 einen Schutz vor Armut und Ausbeutung verlassen können. Gerade auch, wenn sie in
51 unterschiedlichen Ländern leben und arbeiten. Durch die Einrichtung von
52 Sonderwirtschaftszonen wird dieses Ziel konterkariert.

53 **2.1 EU-Haushalt neu aufstellen**

54 Europa muss in allen Mitgliedstaaten spürbar sein. Aber Europa gibt es nicht umsonst.
Daher
55 ist für uns klar: Je mehr Aufgaben wir auf die Ebene der Europäischen Union verlagern,
umso
56 mehr Mittel müssen auch bereitgestellt werden.

57 Statt sich um die großen Zukunftsaufgaben zu kümmern, achten die nationalen
Regierungen im
58 Wesentlichen darauf, dass sie den Anteil ihres Landes am gemeinsamen Budget wieder
59 zurückerstattet bekommen.

60 Dabei bieten gemeinsame Projekte, gemeinsame Beschaffung oder das
Zusammenlegen von 28
61 Behörden auch erhebliche Einsparpotentiale. Wir sprechen uns dafür aus, den EU
Haushalt
62 deutlich zu vergrößern, damit zum Beispiel die Sozial- oder Energieunion adäquat
finanziert
63 werden und automatische Stabilisatoren die Wirtschafts- und Währungsunion gegen
Krisen
64 absichern. Wir fordern einen EU-Haushalt in Höhe von 1,3 Prozent des europäischen
65 Bruttoinlandsprodukts, damit die Europäische Union die ihr bereits heute übertragenen
66 Aufgaben sachgerecht erfüllen kann. Wenn die europäische Ebene nach und nach
mehr
67 Verantwortung übernehmen soll, dann muss das Volumen des EU-Finanzrahmens
entsprechend mit
68 den zu erfüllenden Aufgaben wachsen. In dem Maße, wie die EU eigene
69 Einnahmequellen erschließt, reduzieren sich die nationalen Beiträge.

70 Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU sollte an die Legislaturperiode des Europäischen
71 Parlaments angeglichen werden und nicht länger davon unabhängig in 7-Jahres-Zyklen
72 verabschiedet werden. Wir wollen die gesamten Einnahmen und Ausgaben des
Mehrjährigen
73 Finanzrahmens an übergeordneten Politikzielen und internationalen Vereinbarungen
ausrichten
74 wie den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und dem Pariser
75 Klimaabkommen. Mit einem verpflichtenden Nachhaltigkeits-Check wollen wir anhand
von fest
76 definierten Nachhaltigkeitskriterien die einzelnen Haushaltslinien darauf hin prüfen, ob
sie
77 einen Beitrag dazu leisten, diese Ziele zu erreichen. Ein erheblicher Teil des EU-
Haushaltes
78 muss für die aktive Bekämpfung der Klimakatastrophe reserviert werden und darf nicht
in
79 fossile Energien fließen.

80 Ab 2021 wird Großbritannien nicht mehr in den EU-Haushalt einzahlen. Die dadurch
entstehende
81 Gesamtlücke im EU-Haushalt in Höhe von mindestens 12 Milliarden Euro muss
geschlossen
82 werden. Auch Deutschland muss dafür seinen Anteil am EU-Budget angemessen
erhöhen.

83 Heute wird das Geld der EU oftmals falsch ausgegeben. So bildet im jetzigen EU-
Haushalt die
84 Gemeinsame Agrarpolitik der EU den zweitgrößten Posten. Diese wird aber der
Anforderung,
85 eine nachhaltige, klimaschonende und für die Bäuer*innen auskömmliche
Landwirtschaft und
86 damit lebenswerte ländliche Regionen zu fördern, nicht gerecht, weil sie die
87 Industrialisierung der Landwirtschaft und damit die Überproduktion besser vergütet. Die
88 Agrargelder sollen konsequent nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche
Leistung“
89 auf Klimaanpassung, Umweltschutz und Tierwohl umgestellt werden.

90 Wir wollen, dass die EU strukturschwache Regionen und die Entwicklung ländlicher
Regionen
91 auch in Zukunft unterstützt. Ärmere Regionen wollen wir besonders fördern, um die
92 Lebensverhältnisse der Menschen in Europa einander anzunähern. EU-Mittel wollen wir
93 gezielter dort einsetzen, wo Zivilgesellschaft, Unternehmen und öffentliche
Einrichtungen
94 europäische Unterstützung brauchen. Für eine geschlechtergerechte Verteilung der
95 Finanzmittel soll in Zukunft Gender Budgeting eingesetzt werden. Außerdem wollen wir
die
96 Vergabe öffentlicher Aufträge vereinfachen, gerade für Kommunen und für kleinere
Projekte.

97 Eigene Einnahmen stärken die EU

98 Mit Steuern kann man steuern – und das sollten wir auch auf EU-Ebene tun, statt
einfach
99 jeden Mitgliedstaat einen Scheck nach Brüssel schicken zu lassen. Wer eine starke
Union
100 will, muss ihr auch eigene Einnahmen geben.

101 Die Europäische Union soll dort besteuern, wo es eine faire Besteuerung besser
sicherstellen
102 kann als die Mitgliedstaaten. Dies betrifft die Besteuerung von international tätigen
103 Unternehmen, deren Wertschöpfung häufig immateriell ist und sich keinem Land
zuordnen lässt.

104 So schaffen es diese Unternehmen oft, sich der Besteuerung ganz zu entziehen. Wir
wollen
105 eine am Umsatz orientierte europäische Digitalsteuer rasch einführen, um das
Steuerdumping
106 digitaler Konzerne zu unterbinden.

107 In Zukunft muss die Unternehmensbesteuerung dann alle Branchen und Unternehmen
erfassen. Wir
108 brauchen in einem ersten Schritt eine europaweit einheitliche konsolidierte
109 Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Unternehmen und im zweiten Schritt
eine
110 einheitliche europäische Unternehmensteuer inklusive fairer Mindeststeuersätze, die für
alle
111 Unternehmen gleichermaßen gilt. Einen Anteil dieser Unternehmenssteuern wollen wir
den

- 112 europäischen Bürger*innen zugutekommen lassen, denn Unternehmen erwirtschaften
einen Teil
113 ihrer Gewinne nur dank des europäischen Binnenmarkts. So schützen wir auch junge
digitale
114 Start-ups wie auch die lokal verwurzelte Wirtschaft vor unlauterem Wettbewerb der IT-
Riesen.
- 115 Um Steuerflucht durch Gewinnverlagerung in Steuersümpfe außerhalb der EU zu
vermeiden,
116 müssen wir darauf hinarbeiten mit den wichtigsten Handelspartnern der EU die
117 Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer gemeinsam zu konsolidieren. Sollte
dies
118 nicht gelingen, müssen auch unilaterale Unternehmenssteuersysteme der EU in
Betracht gezogen
119 werden, die sich nicht umgehen lassen.
- 120 Auch CO₂, Plastik und den spekulativen Handel mit Finanzprodukten können wir leichter
in
121 Europa besteuern und damit gleichzeitig die Einnahmen der Union verbessern. Mit der
122 Finanztransaktionssteuer beteiligen wir Spekulanten an der Finanzierung des
europäischen
123 Gemeinwesens, und wir beschränken den sinnlosen und gefährlichen
Hochfrequenzhandel, der
124 solide Unternehmen und unsere Altersvorsorge bedroht.
- 125 Wer GRÜN wählt, stimmt für
- 126 • einen leistungsfähigen EU-Haushalt für gemeinsame Aufgaben,
 - 127 • starke eigene Einnahmen für eine handlungsfähige Union,
 - 128 • eine Beteiligung des Finanzsektors und der digitalen Wirtschaft an der
Finanzierung
129 öffentlicher Aufgaben.
 - 130 • die Einführung einer Finanztransaktionssteuer

131 **2.2. In Europas Zukunft investieren**

- 132 Die schwere Wirtschaftskrise Europas ist noch immer nicht vorbei. Ihre Folgen
bestimmen nach
133 wie vor den Alltag vieler Menschen. Mehr als 15 Millionen Europäer*innen sind
arbeitslos.
- 134 In Italien, Spanien und Griechenland finden vor allem viele Jugendliche keinen Job. Das
135 Leben einer ganzen Generation wird von Arbeits- und Perspektivlosigkeit geprägt.
- 136 Der harte Sparkurs als Konsequenz aus der Finanz- und Eurokrise hat die
Lebensbedingungen
137 vieler Menschen massiv verschlechtert, die Krise in vielen Ländern verlängert und
vertieft
138 und das Vertrauen in die EU unterminiert. Wir haben diese einseitige Sparpolitik,
139 vorangetrieben von Merkel und den europäischen Konservativen, immer abgelehnt.
Nun ist es
140 Zeit für einen grundlegenden Kurswechsel.

141 Wir wollen massiv in Europas Zukunft investieren, vor allem in Klimaschutz,
Erneuerbare
142 Energien, alternative Verkehrskonzepte und die ökologische Landwirtschaft. Wir Grüne
denken
143 Klimaschutz, Gerechtigkeit und Freiheit in Europa zusammen. Sozial-, und
144 wirtschaftspolitische Maßnahmen müssen mit der ökologischen Modernisierung der
145 Industriegesellschaft verbunden werden. Unser Konzept des Green New Deal wollen wir
dafür
146 weiterentwickeln, mit einem eigenen Haushalt für den Euro, der stabilisiert und
investiert.
147 Neue Investitionen zum Beispiel in Klimaschutz, öffentliche Daseinsvorsorge und
Bildung
148 schaffen Arbeitsplätze und wirtschaftliche Perspektive für viele Menschen in Europa Das
ist
149 die Voraussetzung für Wohlstand und Lebensqualität auch in der Zukunft.

150 Durch die Finanz- und Eurokrise sind sowohl öffentliche als auch private Investitionen
stark
151 zurückgegangen. Bei den öffentlichen Investitionen haben wir in Europa noch nicht
einmal das
152 Vorkrisenniveau wieder erreicht. Es ist ein Investitionsstau von erheblichem Umfang
153 entstanden. Auch die EU2020-Ziele sind noch lange nicht erreicht. So fehlen allein bei
den
154 Ausgaben für Forschung und Entwicklung noch über 100 Milliarden Euro jährlich. Wir
brauchen
155 ein soziales Europa, das die soziale Sicherheit erhöht und Abstiegsängste mindert. Dazu

156 brauchen wir europäische Investitionen, die überall in Europa wirken und insbesondere
den
157 Menschen in den strukturschwachen Regionen neue Perspektiven eröffnen und sie vor
neuen
158 Krisen schützen. Um den Investitionsstau aufzulösen, müssen wir die
Rahmenbedingungen für
159 nationale Ausgaben so gestalten, dass notwendige und nachhaltige öffentliche
Investitionen
160 stärker möglich sind. Die Europäische Kommission hat hier in den letzten Jahren
161 richtigerweise die Spielräume für solche Investitionen erweitert. Darüber hinaus wollen
wir,
162 dass die Anreize für staatliche Investitionen im Rahmen des Stabilitäts- und
Wachstumspakts
163 verbessert werden, z.B. indem Investitionsausgaben bei der Berechnung der
Defizitquoten
164 ähnlich wie private Investitionen über mehrere Jahre abgeschrieben werden können.
Damit
165 stärken wir öffentliche Investitionen gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs.

166 Auch die privaten Investitionen sind zu niedrig und müssen gesteigert werden. Die
167 Europäische Investitionsbank leistet hier gute Arbeit bei der Finanzierung von kleinen
168 Unternehmen und Start-ups in Europa. Wir wollen sie weiter stärken. Der Europäische
169 Investitionsfonds für strategische Investitionen wurde vorübergehend zur
Krisenbewältigung
170 geschaffen. Wir wollen ihn dauerhaft fortführen, anstatt ihn, wie ursprünglich geplant,

2020

171 zu beenden. Allerdings muss er sich neu ausrichten. Bislang wurden Mittel aus anderen
172 bewährten Programmen abgezogen. Das Geld kam häufig nicht dort an, wo es am
nötigsten

173 gebraucht wird. Finanzierte Projekte waren nicht zusätzlich, sondern wären auch ohne
EFSI

174 zustande gekommen. Zahlreiche Investitionen waren nicht nachhaltig im Sinne der
Ziele für

175 eine nachhaltige Entwicklung der UN. Wir wollen, dass alle geförderten Investitionen
176 zusätzlich sind und sich strikt an Klimaschutz, Ressourceneffizienz und
Kreislaufwirtschaft

177 ausrichten. Die Mitgliedstaaten sollen das Eigenkapital der Europäischen
Investitionsbank

178 erhöhen, damit diese den Fonds weiterführen kann.

179 Klimaschutz, der Ausbau erneuerbarer Energien, innere wie äußere Sicherheit,
180 Finanzstabilität, Forschung in nachhaltige Zukunftstechnologien, eine europäische
181 Infrastruktur für Kommunikation, Energie und Mobilität, soziale Absicherung – dies sind
182 europäische Gemeingüter, in die wir auch europäisch investieren wollen. So können wir
die

183 Energiewende in ganz Europa nur dann vorantreiben und das Klima schützen, wenn wir
in die

184 Vernetzung der bestehenden Stromnetze investieren und ein europäisches Netz
schaffen. Denn

185 nur so kann Windenergie von den Niederlanden nach Österreich und Solarenergie von
Spanien

186 nach Polen transportiert werden.

187 Europa soll verbinden. An der Grenze aber endet die Bahnfahrt manchmal abrupt oder
es wird

188 kompliziert. Mit einem europäischen Bahnnetz verbinden wir die Menschen von Neapel
bis

189 Tallinn. Während das Internet weltweit läuft, wird in Europa die digitale Infrastruktur des

190 21. Jahrhunderts noch immer in nationalen Grenzen geplant und gebaut. Das ist
191 anachronistisch. Wir wollen in der ganzen Europäischen Union schnelles Internet
schaffen.

192 Und bei der Forschung zu neuen Technologien wie zum Beispiel der künstlichen
Intelligenz

193 können wir nur gemeinsam erfolgreich sein.

194 Die innere Sicherheit Europas lässt sich am besten gemeinsam gewährleisten. Das
spart

195 langfristig auch viel Geld.

196 Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

197 Jugendliche brauchen überall in Europa eine Perspektive. Die arbeitslosen Jugendlichen
in

198 Griechenland, Spanien und Italien sind auch unsere Arbeitslosen. Wir wollen eine große
199 Offensive für die Zukunft der europäischen Jugend.

200 In der Theorie gibt es bereits eine europäische Jugendgarantie, die allen jungen
Menschen

201 unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind
oder ihre
202 Ausbildung abgeschlossen haben, ein qualitativ hochwertiges Angebot für einen
Arbeitsplatz,
203 eine Fortbildung, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum zusichert. Aber sie muss
auch
204 funktionieren und darf nicht nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Deswegen
wollen wir
205 die Jugendgarantie zu einem dauerhaften und besser finanzierten Instrument weiter
206 entwickeln. Die Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote müssen von hoher Qualität
und
207 auskömmlich finanziert sein, beispielsweise angelehnt an die duale Ausbildung in
208 Deutschland, insbesondere in Zukunftsbranchen wie dem Klima- und Umweltschutz. Wir
fordern
209 klare Qualitätsstandards bspw. in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Bezahlung und
Befristungen.
210 Junge Menschen dürfen durch die Jugendgarantie nicht zum schönen Schein in
unsicheren,
211 befristeten Beschäftigungsverhältnissen oder unbezahlten Praktika geparkt werden.

212 Gerade junge Menschen sind oft in besonders starkem Maße von prekären
213 Beschäftigungsverhältnissen und den Schlupflöchern bei bestehenden
Mindestlohnregelungen
214 betroffen. Europa muss auch jungen Menschen soziale Sicherheit bieten. Wir wollen der

215 Ausbeutung in Praktikums- und Ausbildungsverhältnissen entgegenwirken. Deshalb
setzen wir
216 uns dafür ein, dass alle, die im Rahmen ihrer Ausbildung Betriebspraktika ableisten,
Teile
217 ihrer Ausbildung im Betrieb verbringen (wie beispielsweise in dualen Ausbildungen)
oder
218 gerade am Anfang ihrer Berufstätigkeit stehen, fair entlohnt werden. Berufliche
Ausbildung
219 darf nichts sein, was man sich leisten können muss. Außerdem führen gerade
unbezahlte
220 Praktika häufig dazu, dass junge Menschen als kostenlose Arbeitskraft missbraucht
werden.
221 Darum fordern wir, dass Praktika verpflichtend entlohnt werden.

222 Dazu gehört auch ein Programm der Europäischen Investitionsbank für zukunftsfähige
Start-
223 ups, die überall in Europa von jungen Gründerinnen und Gründern auf den Weg
gebracht werden,
224 dabei soll Geschlechtergerechtigkeit als Vergabekriterium verankert werden und
insbesondere
225 Gründerinnen gefördert werden. Denn Länder mit leeren Kassen und Zombie-Banken
können die
226 Jugendgarantie nicht mit Leben füllen. Viele Jugendliche haben in ihren Heimatländern
227 derzeit oft keine Chance auf eine Arbeit. Die EU soll ihnen dabei helfen, eine Ausbildung
oder einen Arbeitsplatz in einem anderen europäischen Land zu finden, wenn sie dies
228 wünschen.
229

230 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 231 • Investitionen in Europas Infrastruktur, Klimaschutz, erneuerbare Energie und
- 232 emissionsfreie Mobilität,
- 233 • Stärkung von Gründerinnen und Gründern,
- 234 • Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.
- 235 • Ausbildung und Praktika mit fairer Bezahlung

236 **2.3 Die Eurozone vor künftigen Krisen schützen**

237 Der Euro ist unsere gemeinsame Währung. Er wurde eingeführt, um Wohlstand zu
238 schaffen und dazu beizutragen, dass Europa noch enger zusammenwächst. Auch in unserem Alltag.
239 Vieles davon hat der Euro bereits eingelöst. Wo er versagt hat, liegt das an den
240 Konstruktionsfehlern der Währungsunion. Wir stehen zum Euro, doch wir wollen die
241 Währungsunion besser machen. Gerade die deutsche Bundesregierung hat das immer
242 wieder verhindert. Wir wollen die Zeit der Flickschusterei überwinden und einen Euro schaffen,
243 der die Europäer*innen zusammenführt.

244 Dieses Versprechen wurde in der Vergangenheit zu oft nicht eingelöst. Mit einer harten
245 und übertriebenen Sparpolitik wurden Finanz- und Eurokrise unnötig verlängert. Gleichzeitig
246 haben sich die Staats- und Regierungschef*innen, und allen voran die Bundesregierung,
247 einen schlanken Fuß gemacht und viel zu sehr auf die Europäische Zentralbank vertraut, die
248 mit niedrigen Zinsen und weitreichenden Maßnahmen die Kohlen aus dem Feuer holen
249 musste. Das darf nicht so bleiben.

250 Denn ein Exportland wie Deutschland, das am meisten vom Euro profitiert und in dem
251 Millionen von Arbeitsplätzen von einer stabilen Währung abhängig sind, kann sich nicht damit
252 zufrieden geben, wenn wir einen Haushalt mit schwarzer Null vorlegen, anderswo aber die
253 Jugendarbeitslosigkeit steigt. Es liegt in unserem eigenen Interesse, dass sich alle
254 Mitgliedstaaten gut entwickeln und jungen Menschen eine Zukunftsperspektive bieten.

255 Das schließt ein, mehr als bisher auf Zusammenhalt und Solidarität in der Eurozone zu
256 setzen. Eine stabile und demokratische Währungsunion hat drei wesentliche Elemente:
257 Erstens müssen wir in europäische Gemeingüter investieren und durch ihre Finanzierung
258 wirtschaftlichen Krisen entgegenwirken. Zweitens wollen wir die Bankenunion
259 vollenden, damit einige verantwortungslose Banken nie wieder die ganze Währung gefährden können.
260 Und drittens wollen wir die wichtigen Entscheidungen aus den Hinterzimmern holen und

demokratischer
261 Kontrolle unterwerfen.

262 Euro stabilisieren

263 Alle Mitgliedstaaten müssen mehr gemeinsame Verantwortung für die Stabilität des
Euro
264 übernehmen. Die Europäische Zentralbank ist dafür nicht alleine verantwortlich. Dafür
265 braucht es eine gemeinsame Haushaltspolitik in der Eurozone und der EU, da die Krise
gezeigt
266 hat, dass nationale Fiskalpolitik alleine zu Schieflagen und unnötig langen Krisen führt –

267 selbst bei Mitgliedstaaten, die sich wie Spanien und Irland immer an die Regeln hielten.
268 Außerdem braucht es ein Instrument, das im Abschwung die Abwärtsdynamik abfedert.
In seiner
269 heutigen Form kann der EU-Haushalt diese Funktion eines automatischen Stabilisators
in einer
270 Konjunkturkrise aber nicht erfüllen. Wir möchten dafür die Instrumente schaffen bevor
es zu
271 einer Krise kommt. Deshalb schaffen wir einen eigenen Haushalt für den Euro, der
272 stabilisiert und investiert. Dieser Haushalt ist für alle Länder der Eurozone gedacht und
273 für alle anderen EU-Mitgliedsländer offen. Wer sich über die Bekämpfung von
Steuerbetrug und
274 einer gemeinsamen Körperschaftssteuer an den Einnahmen des Haushalts beteiligt,
macht mit.

275 Der eigene Haushalt für den Euro, der stabilisiert und investiert, sollte im Rahmen der
EU-
276 Finanzen verankert sein, so dass das europäische Parlament bei der Aufstellung und
Kontrolle
277 gleichberechtigt mitentscheidet.

278 Kernaufgabe des Haushalts für den Euro ist die Finanzierung von Europäischen
Gemeingütern
279 und Investitionen. Er speist sich aus konjunkturabhängigen Einnahmen wie einer
gemeinsamen
280 Unternehmensteuer sowie dem Kampf gegen aggressive Steuervermeidung und
Steuerhinterziehung.
281 Dadurch wirkt er stabilisierend. Die Mitgliedstaaten werden im Abschwung entlastet, da
sie
282 dann weniger einzahlen müssen, profitieren aber trotzdem von den Ausgaben. Das ist
gelebte
283 europäische Solidarität und stabilisiert die gesamte EU. Um die entsprechende Wirkung
zu
284 entfalten, bedarf es einer relevanten Größenordnung. Wir streben daher mittelfristig
einen
285 Umfang von mindestens 1% des gemeinsamen BIP an. Der Umfang muss über die Zeit
und mit den
286 dorthin übertragenen Aufgaben nach und nach größer werden. Dabei handelt es sich
nicht um
287 neue Aufgaben, die durch zusätzliche Steuern finanziert werden, sondern um eine
Verlagerung
288 der Finanzierung von solchen Gemeingütern und Investitionen in die ökologische und

soziale

- 289 Modernisierung, die auf europäischer Ebene effektiver durchgeführt werden können.
- 290 Unser Ziel ist, dass perspektivisch alle EU-Mitgliedstaaten von der Funktion eines
291 automatischen Stabilisators profitieren können. Der eigene Haushalt für den Euro, der
292 stabilisiert und investiert, ist für uns nur eine Zwischenlösung, um in Richtung eines
293 stärker EU-eigenfinanzierten EU-Haushalts zu gelangen, der die EU noch stärker zu
einer
294 politischen und sozialen Union macht. Der Weg dahin ist wegen des
Einstimmigkeitsprinzips
295 schwer und lang. Deswegen gehen wir mit dem eigenen Haushalt für den Euro, der
stabilisiert
296 und investiert, den ersten Schritt mit denjenigen, die bereit sind mitzumachen. Wir
297 erwarten, dass durch die Sogwirkung der gemeinsam finanzierten öffentlichen Güter
sich auch
298 die heutigen Nichteuroländer diesem Instrument schnell anschließen, indem sie sich
dem
299 gemeinsamen Kampf gegen aggressive Steuervermeidung und Steuerbetrug
anschließen und sich an
300 der gemeinsame Unternehmenssteuer beteiligen. Wir befürworten eine Euro-
Heranführungshilfe
301 für Nicht-Euro-Staaten zur Unterstützung von Reformen. Alle den Euro betreffenden
302 Entscheidungen haben auch unmittelbare Auswirkungen auf Nicht-Eurostaaten.
Deshalb müssen
303 neue Instrumente für alle EU-Staaten konzipiert sein oder Nicht-Eurostaaten zur
Teilnahme an
304 weiteren Reformen ermutigen.
- 305 Auf- und Abschwung verteilen sich über die Mitgliedstaaten unterschiedlich. Um diese
306 unterschiedlichen Auswirkungen auszugleichen, reichen nationale und geldpolitische
Maßnahmen
307 nicht aus. Europa braucht neue Strukturen, um mit diesen Schieflagen künftig besser
umgehen
308 zu können. Der oben beschriebene Haushalt für den Euro ist dafür das beste Instrument
und
309 wir fordern dies als ersten Schritt.
- 310 Eine europäische Arbeitslosenversicherung würde die ausgleichende und stabilisierende
311 Wirkung des Haushalts für den Euro noch verstärken. Wir wollen daher als zweiten
Schritt
312 eine Rückversicherung der nationalen Arbeitslosenversicherungen einführen. Wir
setzen uns
313 des Weiteren für eine Europäische Basis-Arbeitslosenversicherung ein, die durch die
314 nationalen Sicherungssysteme ergänzt werden soll. Wir sind uns aber bewusst, dass die
315 Einführung einer solchen Europäischen Arbeitslosenversicherung eher ein
mittelfristiges
316 Projekt ist.
- 317 In der Eurokrise hat der Internationale Währungsfonds im Rahmen der sogenannten
Troika stark
318 eingegriffen. Die Troika hat umfassende Anpassungsprogramme in den

Programmländern

319 durchgedrückt, mit starken sozialen Verwerfungen. Das Handeln der Troika hat in vielen
320 Programmländern das Vertrauen in die europäische Demokratie beschädigt. Deswegen
wollen wir,
321 dass Europa seine Krisen künftig alleine, nach eigenen Regeln, demokratischer und
322 transparenter löst. Wir wollen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in einen
323 vollwertigen Europäischen Währungsfonds (EWF) überführen und ihn im EU-Recht
verankern,
324 kontrolliert durch das Europaparlament und die nationalen Parlamente. Das
Europäische
325 Parlament soll das Recht auf Information, Kontrolle und Miternennung der Direktorin
bzw. des
326 Direktors des Europäischen Währungsfonds erhalten. Die Entscheidungen über
längerfristige
327 Kredite aus dem Europäischen Währungsfonds würden aber trotzdem weiterhin bei den
nationalen
328 Parlamenten liegen, solange das Geld dafür auch aus den nationalen Haushalten
kommt. Um zu
329 verhindern, dass ein Land plötzlich durch Spekulationen in eine tiefe Krise schlittert,
330 braucht der EWF zusätzlich eine Möglichkeit zur schnellen Reaktion. Dafür soll er
331 kurzfristig Kredite bereitstellen können, die bereits vor einer möglichen Krise präventiv
332 wirken. Diese präventiven Kredite schützen Mitgliedstaaten davor, Opfer rein
333 finanzmarktgetriebener Effekte zu werden. Eingriffe in die wirtschaftspolitische
334 Souveränität der Mitgliedstaaten sind hierfür nicht erforderlich. Im Falle einer Krise darf
335 es nicht wieder zu einer massiven Sparpolitik kommen, die ein Land in die soziale Krise
336 stürzt und die Wirtschaftsleistung abwürgt. Neben Auflagen zur Modernisierung der
Strukturen
337 muss die Kreditvergabe an ein Land in Not diese Grundsätze beachten. Das
Kaputtsparen ganzer
338 Volkswirtschaften lehnen wir ab.

339 Hohe Staatsschulden, das Risiko steigender Zinslasten und unverantwortliche
340 Regierungspolitik sind ein großes Risiko für die Stabilität unserer Währung. Alle
Euroländer
341 brauchen daher verlässlichen Zugang zu niedrigen Zinsen und starke Anreize zu soliden
Staatsfinanzen. Der Konflikt zwischen der italienischen Regierung und der EU-
342 Kommission
343 zeigt, wie hoch das Risiko durch einseitige nationale Finanzpolitik einzelner Länder für
den
344 Euro insgesamt ist. Daher wollen wir, ähnlich wie ursprünglich vom
Sachverständigenrat
345 vorgeschlagen, einen Altschuldentilgungsfonds einrichten, in den die Altschulden eines
346 Landes eingebracht werden, die 60% des BIP übersteigen. Wer sich an die gemeinsam
347 vereinbarten europäischen Finanzregeln hält, soll im Gegenzug von niedrigen Zinsen für
die
348 Abzahlung der Schulden im Altschuldentilgungsfonds profitieren. So vereinen wir
europäische
349 Solidarität und Solidität.

350 Probleme nicht zu Lasten der Gemeinschaft lösen

351 Zu einem krisenfesten Euro gehört auch, dass sich alle Mitgliedstaaten an die
gemeinsamen
352 Regeln halten, egal ob es um Haushaltsdefizite oder Leistungsbilanzüberschüsse geht.
Die
353 deutsche Bundesregierung kritisiert gerne andere Länder, verstößt aber mit einem
hohen
354 Leistungsbilanzüberschuss – das heißt, Deutschland exportiert mehr, als es importiert –
seit
355 Jahren selbst gegen europäische Regeln. Leistungsbilanzungleichgewichte müssen
effektiv
356 begrenzt werden, um der Entstehung möglicher Krisen frühzeitig vorzubeugen. Die
357 Sanktionierbarkeit von Defiziten und Leistungsüberschüssen muss einander
angeglichen werden.

358 Das bedeutet, dass sich auch Überschussländer wie Deutschland aktiv an der
Verminderung von
359 außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten beteiligen müssen. Dies kann sowohl durch
360 Lohnsteigerungen als auch über erhöhte öffentliche und private Investitionen erfolgen.
Damit
361 stärken wir den gemeinsamen Währungsraum, die Arbeitnehmer*innen in Deutschland
und die
362 inländische Digital-, Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur

363 Bankenunion vollenden für mehr Sicherheit

364 Ein krisenfester Euro bedeutet auch, dass keine Bank mehr die Stabilität unserer
gemeinsamen
365 Währung gefährden können darf. Mit der gemeinsamen Bankenaufsicht bei der
Europäischen
366 Zentralbank, mit den neuen Abwicklungsregeln, die die Gläubiger der Banken jetzt
endlich zur
367 Kasse bitten, und mit dem gemeinsamen Abwicklungsmechanismus ist der Einstieg in
die
368 Bankenunion geschafft. Doch einige Elemente fehlen noch immer, damit die neuen
Regeln
369 wirksam angewandt werden können.

370 Erstens dürfen Banken nicht mehr zu Lasten der Steuerzahler gerettet werden. Dafür
braucht
371 der gemeinsame Abwicklungsfonds eine Letztsicherung über den europäischen
Währungsfonds. So
372 wird verhindert, dass er sich im Krisenfall als zu klein erweist. Die Letztsicherung soll
373 als Kreditlinie gestaltet werden, die nach der Krise von den Banken zurückbezahlt wird.
So
374 wird gewährleistet, dass nicht doch wieder die Steuerzahler einspringen müssen.

375 Zweitens muss ein Euro überall gleich sicher sein, egal ob er bei einer niederländischen
376 oder einer slowenischen Bank angelegt ist. Sonst verstärkt sich jede Krise selbst, weil
377 Kund*innen im Krisenfall um ihr Erspartes bangen müssen und ihr Geld abziehen.
Deshalb
378 brauchen wir eine gemeinsame europäische Einlagensicherung. Sie soll als
Rückversicherung

379 ausgestaltet sein, damit die europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale
380 überfordert ist. Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so
weiter auf
381 ihre bewährten Institutssicherungssysteme setzen.

382 Es ist richtig, uns in Europa gemeinsam gegen Risiken zu versichern, weil nur Europa
das
383 überhaupt leisten kann. Allerdings müssen dafür auch die Risiken der Banken in allen
384 Euroländern abgebaut werden. Auch Staatsanleihen dürfen sich nicht länger nur in den
Banken
385 des jeweiligen Landes konzentrieren. Sonst führt die Krise eines Landes immer zur Krise
seiner Banken. Die Regulierung der Banken als Konsequenz aus der Krise ist auch noch
immer
387 nicht abgeschlossen. Wir setzen uns für die Erhöhung der risikoungewichteten
388 Eigenkapitalquoten auf 10 % ein. Bei den Banken muss eine feste Schuldenbremse
(„leverage
389 ratio“) gelten, damit sie ihre Risiken nicht künstlich kleinrechnen können. Außerdem
sollen
390 Großbanken ihr Handelsgeschäft von ihrem Kredit- und Einlagengeschäft trennen.
391 Unterschiedliche Geschäftsmodelle wollen wir nach Risiko und Komplexität
unterschiedlich
392 behandeln. Die Aufsicht über kleine Banken wollen wir entbürokratisieren, um sie im
393 Wettbewerb nicht zu benachteiligen. Die ähnlichen, aber jeweils leicht
unterschiedlichen
394 Regeln für Banken, Versicherungen und Fonds wollen wir in einem Europäischen
395 Finanzmarktgesetzbuch zusammenfassen und vereinfachen, um unfairen Wettbewerb
zu verhindern.

396 Europapolitik raus aus den Hinterzimmern – rein ins Parlament!

397 Die gemeinsame Währung ist so wichtig für alle Europäer, dass über sie demokratisch
398 entschieden werden muss. Das Europäische Parlament ist der Ort dafür. Keine wichtige
399 Weichenstellung sollte ohne seine Zustimmung erfolgen. Ausführendes Organ und
Dreh- und
400 Angelpunkt der gemeinsamen Wirtschaftspolitik ist und bleibt die vom Parlament
legitimierte
401 Europäische Kommission. Wir wollen, dass die zuständige Kommissarin für Wirtschaft
und
402 Finanzen auch Vorsitzende der Eurogruppe wird.

403 Mit dem Euro ist ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten im Moment Realität. Aber
damit
404 wollen wir uns nicht abfinden. Der Euro ist die Währung der Europäischen Union. Mit
dem
405 Vertrag von Lissabon haben sich alle EU-Mitgliedstaaten - bis auf Dänemark und
406 Großbritannien - zur Einführung des Euro verpflichtet, sobald sie die Euro-Kriterien
407 erfüllen. Bereits heute sind alle EU-Staaten über den EU-Binnenmarkt sehr eng
miteinander
408 verflochten. Alle den Euro betreffenden Entscheidungen haben auch unmittelbare
Auswirkungen
409 auf Nicht-Eurostaaten. Neue Instrumente sollten daher für alle Mitgliedstaaten
konzipiert

410 sein und Nicht-Eurostaaten zur Teilnahme an weiteren Reformen ermutigt werden, so
wie dies
411 etwa schon heute beim EU-Investitionsfonds (EFSI) oder der Bankenunion der Fall ist.

412 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 413 • einen krisenfesteren Euro und einen demokratisch kontrollierten Europäischen
414 Währungsfonds,
- 415 • ein Haushalt für den Euro zur Finanzierung gemeinsamer Aufgaben,
- 416 • die Vollendung der Bankenunion.

417 **2.4 Steuersümpfe austrocknen, Steuertricksern das Handwerk legen**

418 Unser europäisches Sozialmodell braucht eine ausreichende Finanzierung. Fehlt es den
Staaten
419 an Steuereinnahmen, werden öffentliche Leistungen gekürzt und die Infrastruktur wird
420 vernachlässigt. Wir wollen, dass die Finanzierung gerecht ist: Starke Schultern sollen
auch
421 mehr beitragen.

422 Der gemeinsame Binnenmarkt ist ohne Frage eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte.
Doch er
423 lädt wegen seiner Lücken in der Steuerpolitik, die nach wie vor in der primären Hoheit
der
424 Mitgliedstaaten liegt, zur Steuervermeidung ein: Große Unternehmen können derzeit
überall in
425 Europa ihre Produkte verkaufen und gleichzeitig nur im Land mit den niedrigsten
Steuern ihre
426 Gewinne versteuern. Damit verabschieden sich gerade große Unternehmen, die
Rekordgewinne
427 erzielen, aus der gesellschaftlichen Solidarität. Das schädigt unser Gemeinwesen und
alle
428 ehrlichen Steuerzahler*innen. Kleine und mittlere Unternehmen können ihre Gewinne
nicht
429 verlagern und zahlen die vollen Steuern. Sie haben damit einen Nachteil im
Wettbewerb mit
430 den Konzernen. Wir wollen deshalb, dass große Unternehmen genauso wie kleine
431 Handwerksbetriebe ihre Steuern da zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Dafür
wollen
432 wir beherzt gegen Steuerdumping vorgehen.

433 Steuerdumping beenden

434 Einige Mitgliedstaaten haben es zu ihrem Geschäftsmodell gemacht, sich gegenüber
dem Rest
435 der EU durch niedrige Steuersätze oder großzügige Ausnahmen attraktiv für
Unternehmen zu
436 machen. Die Einzigen, die davon langfristig profitieren, sind internationale
Unternehmen,
437 die damit ihre Renditen steigern. Die Steuervermeidung untergräbt das Fundament
unserer
438 Wohlfahrtsstaatsmodelle in Europa. Denn die Praxis treibt indirekt Menschen in die

Armut und
439 Staaten dazu, dass sie nicht in das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger investieren
können.
440 Die Steuerbelastung verschiebt sich damit immer mehr zu denen, die sich ihr nicht
entziehen
441 können: kleinen Unternehmen, Arbeitnehmer*innen und Konsument*innen. Wir wollen
dieses
442 Geschäftsmodell beenden.

443 Die EU-Kommission hat – gerade unter dem Druck von uns Grünen – endlich damit
begonnen,
444 individuelle Absprachen zwischen Mitgliedstaaten und Großunternehmen als illegale
staatliche
445 Beihilfen zu verfolgen und auch zu ahnden. Das geht in die richtige Richtung. Aber das
446 reicht nicht: Wir wollen das europäische Wettbewerbsrecht so verändern, dass es zur
scharfen
447 Waffe wird, mit der die EU-Kommission den zerstörerischen Steuerwettbewerb auf
Kosten der
448 anderen Mitgliedstaaten bekämpfen kann.

449 Große Unternehmen verlagern zudem ihre Gewinne mit Buchungstricks in
Niedrigsteuerländer.
450 Sie nutzen die gute Infrastruktur eines Landes, tragen aber nicht zu ihrer Finanzierung
bei.
451 Damit sich aber der internationale Kaffeekonzern ebenso an der Finanzierung des
Gemeinwesens
452 beteiligt, wie es heute schon der oder die Bäcker*in an der Ecke tut, müssen auf
Zahlungen
453 von Zinsen und Lizenzgebühren innerhalb der EU wieder Quellensteuern erhoben
werden. Dafür
454 ist die entsprechende EU-Richtlinie zu ändern. Dann lohnen sich solche Tricks für die
455 Unternehmen nicht mehr.

456 Europäische Unternehmensmindeststeuer

457 Wer europaweit verkaufen darf, muss auch europaweit gleichwertig besteuert werden.
Deshalb
458 ist eine einheitliche Unternehmensbesteuerung die logische Fortsetzung des
Binnenmarktes.
459 Technisch gesehen wollen wir in einem ersten Schritt eine gemeinsame konsolidierte
460 Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Unternehmen im Binnenmarkt.

461 Für die Unternehmen wäre das eine Vereinfachung. Gerade für kleine und mittlere
Unternehmen
462 führt ein einheitliches Steuerrecht dazu, dass sie leichter auch in anderen
Mitgliedstaaten
463 tätig werden können. Es soll einen europäischen Mindeststeuersatz für alle
464 Unternehmensgewinne geben.

465 Im zweiten Schritt soll dann zeitnah die europäische Unternehmenssteuer folgen, damit
es
466 endlich eine echte europäische Einnahmequelle gibt. Ein Teil der Einnahmen aus dem
467 Mindeststeuersatz soll direkt in den Haushalt fließen. Die Mitgliedstaaten können und
sollen

468 Steuersätze festlegen, die über dem Mindeststeuersatz liegen. Die Einnahmen daraus
fließen
469 in ihre nationalen bzw. kommunalen Haushalte. In Deutschland werden wir darauf
achten, dass
470 diese Reform nicht zu Lasten von Städten und Gemeinden geht.

471 Längst überfällig ist, dass alle Großunternehmen öffentlich machen müssen, in
welchem Land
472 sie ihre Umsätze machen, wo ihre Gewinne anfallen und wie viel Steuern sie darauf
zahlen.
473 Dann fällt sofort auf, wenn ein Konzern seine Umsätze in Deutschland erzielt, aber
seine
474 Gewinne in einen Steuersumpf verschiebt, um darauf möglichst wenig Steuern zu
zahlen.
475 Transparenz ist eines der wirksamsten Mittel gegen Steuervermeidung. Die deutsche
476 Bundesregierung und Finanzminister Scholz blockieren diese Transparenz aber in
Europa.
477 Dadurch ermöglichen sie Großunternehmen die Steuervermeidung erst.

478 Steuerhinterziehung und Geldwäsche bekämpfen

479 Mit der Abschaffung des Bankgeheimnisses und der Einführung eines internationalen
480 automatischen Informationsaustauschs wurde ein entscheidender Sieg gegen
Steuerhinterziehung
481 erzielt. Auch das Transparenzregister der EU für Unternehmen ist ein großer grüner
Erfolg
482 gegen kriminelle Geldgeschäfte. Doch selbst in Deutschland hapert die Umsetzung. Die
483 Eigentümer vieler Unternehmen sind immer noch nicht transparent. Gerade Immobilien
müssten
484 der Spekulation durch kriminelles Geld europaweit entzogen werden.

485 Die EU-Kommission schätzt, dass Europas ehrliche Steuerzahler*innen jedes Jahr um
mindestens
486 50 Milliarden Euro durch Steuerbetrüger bei der Mehrwertsteuer geprellt werden. Die
487 Kommission hat einen Plan für ein einheitliches Mehrwertsteuergebiet in der EU
vorgelegt,
488 der den Kriminellen das Handwerk legen soll. Die Bundesregierung blockiert auch hier
in
489 Brüssel einen Fortschritt. Wir unterstützen das Ziel der Kommission.

490 Die bestehende schwarze Liste für Steueroasen in der EU ist ein erster Schritt. Wichtige
491 Steueroasen fehlen jedoch auf der Liste. Andere Staaten konnten schon mit vagen
Zusagen
492 erreichen, dass sie wieder von der Liste gestrichen werden. Die Umsetzung muss nun
strikt
493 überwacht werden. Die Erstellung der Liste ist komplett intransparent und lässt die
494 politische Bevorteilung einzelner Staaten vermuten. Wir wollen eine echte schwarze
Liste mit
495 klaren Kriterien statt Absprachen im Hinterzimmer. Ein Eintrag auf der Liste muss
496 Konsequenzen haben. Banken, Kanzleien und Unternehmen dürfen dann keine
Geschäfte in diesen
497 Ländern mehr machen, und Verstöße dagegen müssen sanktioniert werden.

498 Unser Ziel ist es, dass korrupte Individuen und ihr Kapital sich in der EU nicht länger
499 verstecken können. Beim Kauf von teuren Wohnungen, Luxusautos, Jachten und
dergleichen soll
500 wie in Großbritannien kontrolliert werden können, ob das Vermögen auf legalem Weg
erworben
501 wurde. Die EU sollte öfter Sanktionen gegen korrupte Individuen aus Drittstaaten
verhängen
502 und ihnen die Einreise und den Aufenthalt in der EU verweigern.
Aufenthaltsgenehmigungen und
503 Staatsbürgerschaften sollten die Mitgliedsstaaten nach fairen Verfahren vergeben und
nicht
504 als "Goldene Visas" an Kriminelle verkauft werden können.

505 Europa handlungsfähig machen

506 Die Einstimmigkeit in Steuerfragen verhindert, dass die EU gegen Steuervermeidung
vorgeht.

507 Ein einzelnes Land, das das Geschäftsmodell Steuersumpf betreibt, kann Fortschritte
508 verhindern. Um diese Blockade aufzubrechen, müssen andere Mitgliedstaaten
vorgehen, damit

509 sich die Verlagerung von Gewinnen für die Unternehmen nicht mehr lohnt. Damit wird
das

510 Geschäftsmodell auch für die Staaten unattraktiv.

511 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 512 • den Kampf gegen Steuerbetrug, Steuerdumping und Geldwäsche,
- 513 • eine EU, in der korrupte Individuen und ihr Kapital nicht länger willkommen sind
- 514 • eine gemeinsame europäische Unternehmensmindestbesteuerung.

515 **2.5 Wettbewerb fair gestalten**

516 Wettbewerb ist die tragende Säule der Marktwirtschaft und Motor für Innovationen.
Fehlt der

517 Wettbewerb, können Monopolisten hohe Gewinne auf Kosten der Verbraucher machen
und

518 technische und soziale Innovationen behindern. Um das zu verhindern, braucht es
einen fairen

519 Wettbewerb und eine Begrenzung wirtschaftlicher Macht. Dafür ist es auch notwendig,
520 bestehende Monopole zu zerschlagen.

521 Mit der Globalisierung schaffen globale Konzernfusionen, wie jene von Bayer und
Monsanto,

522 eine noch größere Marktbeherrschung mit zahlreichen negativen Auswirkungen.
Unternehmen

523 agieren zunehmend branchenübergreifend – Volkswagen ist nicht nur einer der größten
524 Autokonzerne, sondern auch eine Bank, und Amazon ist nicht nur ein Onlinehändler,
sondern

525 auch ein Medienunternehmen. Damit die europäische Wettbewerbspolitik den
Anforderungen des

526 21. Jahrhunderts gerecht wird, fordern wir ein eigenständiges europäisches Kartellamt
mit

527 angemessenen Mitteln und Personal. Dieses Kartellamt soll auch als europäische
528 Digitalaufsicht fungieren. Die Marktmacht der großen Digitalkonzerne wollen wir so
gemeinsam
529 kontrollieren und begrenzen. Wir möchten, dass das europäische Wettbewerbsrecht bei
530 außereuropäischen Fusionen auch die Auswirkungen auf den globalen Markt ins Auge
fasst und
531 sich nicht nur auf den europäischen Markt beschränkt.

532 Wir wollen erreichen, dass bei der Kontrolle von Fusionen auch wettbewerbsfremde
Faktoren
533 berücksichtigt werden. Die Fusion von Bayer und Monsanto ist nicht nur für den
Wettbewerb
534 problematisch. Sie hat auch negative Auswirkungen auf den Umweltschutz. Heute aber
muss man
535 Unternehmen mit einer marktbeherrschenden Stellung nachweisen, dass sie diese
missbrauchen.
536 Das ist in der Regel nicht zu beweisen. Wir treten daher dafür ein, dass man
Unternehmen
537 auch unabhängig von einem nachgewiesenen Missbrauch aufspalten kann, wenn ihre
Marktmacht zu
538 groß wird.

539 Digitale Geschäftsmodelle und die sogenannte Plattformökonomie stellen uns vor neue
540 Herausforderungen. Google und Facebook beherrschen den Markt für Onlinewerbung
und können
541 kleinen Unternehmen die Bedingungen diktieren. Amazon kann hohe Gebühren von
kleinen
542 Unternehmen verlangen, die gezwungen sind, ihre Produkte auf der Plattform
anzubieten, um
543 Käufer*innen zu finden. Wir wollen diese Unternehmen streng regulieren. Wenn sie
anderen
544 Firmen den Zugang zu ihren Plattformen verwehren oder absurde Konditionen
verlangen, müssen
545 die Wettbewerbshüter*innen dagegen vorgehen. Vermietungs-Plattformen für
Ferienwohnungen wie
546 Airbnb unterlaufen gesetzliche Regulierungen der Städte und Bundesländer und
berufen sich
547 dabei auf die Regeln des Europäischen Binnenmarktes. Gegen die Städte, die
versuchen,
548 Wohnraum vor Spekulation zu schützen, haben diese Plattformen sogar Beschwerde bei
der EU-
549 Kommission eingelegt. Es kann nicht sein, dass diese Online-Plattformen die
550 Entscheidungsmacht der Städte und Bundesländer aushebeln. Die EU-Kommission ist
gefordert,
551 sicherzustellen, dass diese Plattformen bei der Regulierung von Ferienwohnungen
endlich
552 mitwirken müssen.

553 Facebook hat als soziales Netzwerk ein Monopol geschaffen. Kein anderes Unternehmen
kann
554 erfolgreich ein soziales Netzwerk betreiben, weil es davon lebt, dass viele andere
Menschen
555 es ebenfalls nutzen. Mit dem Zukauf von Instagram und WhatsApp hat Facebook seine

556 Monopolstellung ausgeweitet. Um für mehr Wettbewerb zu sorgen, wollen wir diese
557 Unternehmen
558 wieder aufspalten. Wer von Facebook zu einem anderen sozialen Netzwerk wechseln
559 will, muss
560 zudem seine Daten einfach und schnell mitnehmen können.

559 Die Lohnungleichheit ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Gesamt-EU
560 beträchtlich. Extrem ungleiche materielle Verhältnisse sind eine Mitursache für
561 Populismus,
562 Autoritarismus und für soziale Unruhe. Neben Lohndumping- und
563 Steuerbetrugsverhinderung
564 fordern wir daher die Prüfung eines verbindlichen maximalen Abstands zwischen dem
565 höchsten
566 und niedrigsten Gehalt in einem Unternehmen. Dafür möchten wir eine vielfältig
567 besetzte
568 Kommission einsetzen.

565 Neben der Verhinderung von Monopolismus bedeutet fairer Wettbewerb aber auch, sich
566 nicht
567 durch Niedriglöhne und Sozialabbau Wettbewerbsvorteile auf Kosten anderer zu
568 verschaffen.

567 Gerade Deutschland hat dieses Wettbewerbsmodell in den letzten Jahren auf Kosten
568 des eigenen
569 sozialen Zusammenhalts wie auch seiner europäischen Nachbarn betrieben. Es ist nicht
570 zuletzt
571 auch solche Politik, die Menschen in die Fänge nationalistischer Scheinalternativen
572 treibt.

570 Stattdessen brauchen wir dringend echte Alternativen, die Europa als solidarische
571 Sozialunion definieren: als eine Gemeinschaft, die sich geschlossen gegen das
572 ökonomische
573 Ausspielen des einen gegen den anderen stellt.

573 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 574 • ein starkes europäisches Kartellamt,
- 575 • die Kontrolle digitaler Marktmacht,
- 576 • die Zerschlagung des Facebook-Imperiums.
- 577 • eine Kommission, die die europaweite Einführung eines maximalen Abstands
578 zwischen dem
579 höchsten und dem niedrigsten Gehalt in einem Unternehmen prüft ("Lohnhebel")

579 **2.6 Soziale Sicherheit garantieren**

580 Wir stehen für ein soziales und gerechtes Europa, in dem alle Menschen gleiche
581 Chancen
582 haben, an der Gesellschaft teilzuhaben. Derzeit ist dieses Ziel noch nicht erreicht. Es
583 bestehen weitreichende wirtschaftliche Freiheiten im Binnenmarkt. Gemeinsame
584 Arbeits- und
585 Sozialstandards sind hingegen unterentwickelt. Deshalb wird die EU häufig als
586 Bedrohung für
587 soziale Sicherheit gesehen. Zu Unrecht. Tatsächlich ist es so, dass die Nationalstaaten

die
585 Kompetenz für die sozialen Sicherungssysteme wie Rente, Gesundheit, Pflege oder
586 Grundsicherung haben. Doch an einer Stelle kann die europäische Ebene schon heute
handeln:
587 Sie kann gemeinsame Mindeststandards schaffen und grenzüberschreitendes Arbeiten
sozial
588 absichern.

589 Soziale Grundrechte für Europas Bürger*innen garantieren

590 In der EU sollten alle Menschen ein würdevolles Leben führen können. Deshalb ist die
591 Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung essenziell.
Verlässliche
592 soziale Rechte sind die Voraussetzung dafür, dass Binnenmarkt und Währungsunion im
Interesse
593 der Menschen wirken. Die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten sozialen
Rechte
594 müssen als Grundrechte aller EU-Bürger*innen gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem
595 Europäischen Gerichtshof einklagbar sein. So können zum Beispiel Arbeitslose, denen
das
596 Recht auf Vermittlung in Arbeit verweigert wird, sich dagegen zur Wehr setzen.
597 Arbeitnehmer*innen, die keinen angemessenen Urlaub oder Ruhepausen bekommen,
erhalten
598 Beistand von der EU. Und Bürger*innen können gegen ihr Land klagen, wenn ihnen
aufgrund
599 eines miserablen nationalen Gesundheitssystems das in der EU-Grundrechtecharta
verbriefte
600 Recht auf medizinische Versorgung verwehrt wird. So wird die Europäische Union zu
einem
601 Garanten für soziale Rechte.

602 Wir fordern außerdem, dass das EU-Recht den sozialen Rechten und den
603 Arbeitnehmer*innenrechten mindestens den gleichen Stellenwert einräumt wie den
604 wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts wie beispielsweise der
Dienstleistungsfreiheit.
605 Damit der Europäische Gerichtshof bei Entscheidungen zum Binnenmarkt
Arbeitnehmerrechte
606 nicht den wirtschaftlichen Freiheiten unterordnet, müssen die entsprechenden Gesetze
607 angepasst werden.

608 Betriebliche Mitbestimmung in ganz Europa sichern

609 Die Freizügigkeit in Europa darf nicht dazu führen, dass Unternehmen dort ihren
Firmensitz
610 einrichten, wo die niedrigsten Standards in der Mitbestimmung von
Arbeitnehmer*innen gelten.
611 Deshalb wollen wir die europäischen Betriebsräte und ihre Mitbestimmungsrechte
stärken und
612 beispielsweise eine Parität von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen an
Entscheidungen
613 in allen Unternehmen mit mehr als 1000 Angestellten über die Grenzen der
Mitgliedsstaaten
614 hinweg nach dem Vorbild Sloweniens durchsetzen. Wir wollen starke europäische

615 Gewerkschaften. Grünes Ziel ist darüber hinaus, dass die freie gewerkschaftliche
Betätigung
616 entsprechend der Kernarbeitsnormen der ILO in allen Unternehmen in Europa garantiert
wird.
617 Soziale Mindeststandards in ganz Europa
618 Allen Menschen in Europa wollen wir ein würdevolles Existenzminimum garantieren.
Dafür
619 braucht es einen europäischen Rahmen für eine Grundsicherung in allen
Mitgliedstaaten. Die
620 EU muss gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten wirkungsvolle Maßnahmen gegen
Kinderarmut
621 entwickeln. Wir wollen, dass kein Kind in der EU in Armut leben muss. Wir machen uns
stark
622 für eine europäische Grundsicherungs-Richtlinie, die soziale Mindeststandards für jedes
Land
623 festlegt, angepasst an die jeweilige ökonomische Situation. Die Mitgliedstaaten sind
624 natürlich angehalten, höhere Standards zu behalten oder neu zu schaffen. Das Gleiche
gilt
625 für die nationalen Gesundheitssysteme. Auch hier braucht es einen
Mindestversorgungsstandard
626 in allen Ländern. Jede*r Europäer*in muss sich darauf verlassen können, bei Krankheit
oder
627 Pflegebedürftigkeit gut versorgt zu werden; der Ausschluss von Bevölkerungsgruppen
vom
628 Zugang zum Gesundheitswesen ist deshalb zu sanktionieren.
629 Wir streiten dafür, dass nationale Gesundheitssysteme als Teil der sozialen
Daseinsvorsorge
630 nicht durch die Hintertür über das europäische Wettbewerbsrecht ausgehöhlt werden.
631 Europäischen Austausch und Transparenz zu Best-Practice-Modellen in den Bereichen
632 Gesundheitsversorgung und Pflege wollen wir fördern.
633 Medizinische Studien müssen die Gesundheit schützen, geschlechtsspezifische
Unterschiede
634 berücksichtigen und transparent sein. Wir streben mehr unabhängige Forschung zu
Versorgung
635 und Produkten sowie strengere Regelungen für den Patientenschutz und gegen die
einseitige
636 Einflussnahme der Pharma- und Medizinprodukteindustrie an. Vor dem Hintergrund
637 verunreinigter Arzneimittel sind Funktion und Arbeitsweise der europäischen und
nationalen
638 Arzneimittelaufsichtsorgane dringend zu verbessern.
639 Auch bei der Altersvorsorge kann Europa Standards setzen. Die Kommission hat zum
Beispiel
640 einen Vorschlag für ein europaweites privates Altersvorsorgeprodukt (PEPP) gemacht.
Leider
641 hat sich die Kommission dabei zu sehr von der Lobby der Lebensversicherer leiten
lassen,
642 anstatt einen Vorschlag in Anlehnung an eines der besten privaten
Altersvorsorgeprodukt in

643 Europa, nämlich die schwedische „Premium Pension“ zu entwickeln. In Schweden
können alle
644 Bürgerinnen und Bürger einen bestimmten Prozentsatz ihres Einkommens in einen
staatlichen
645 Pensionsfonds einzahlen, der einerseits fast ohne Gebühren auskommt und
andererseits dank
646 seiner Anlagestrategie auch eine besonders hohe Rendite erwirtschaftet. Wir wollen,
dass
647 auch die Menschen außerhalb Schwedens ihre private Altersvorsorge mit einem solchen
Bürgerfonds durchführen können. Daher soll Europa einen solchen Bürgerfonds in
Anlehnung an
648 dieses seit über fast zwanzig Jahren erprobte Konzept einführen.
649
650 Wir benötigen in Europa eine bezahlbare und nachhaltige Energie.
Energieeffizienzmaßnahmen
651 und die Energiewende dürfen Menschen nicht aus ihren Wohnungen treiben. Deshalb
müssen diese
652 Maßnahmen sozial flankiert werden, damit das Wohnen für alle bezahlbar bleibt.
653 Die Bewältigung des demografischen Wandels ist eine der großen gesamteuropäischen
Aufgaben.
654 Es wird in den nächsten Jahrzehnten mehr Pflegebedürftige und an Demenz erkrankte
Menschen
655 geben. Unser Ziel ist es, diesen Menschen ein selbstbestimmtes und aktives Leben in
Würde zu
656 ermöglichen. Dafür benötigen wir in Europa gemeinsame Anstrengungen zur
Pflegepolitik, bei
657 denen auch Themen wie neue Wohn- und Pflegeformen, Einhaltung der UN-
658 Behindertenrechtskonvention, Entlastung der familiären Pflege sowie der
Fachkräftebedarf in
659 den Mittelpunkt gerückt werden. Schon heute wird die Pflegearbeit zu einem
erheblichen Teil
660 durch Arbeitsmigration innerhalb der Union und aus Drittstaaten bewältigt. Pflegekräfte
und
661 Kräfte, die die häusliche Pflege unterstützen, müssen vor Ausbeutung geschützt und
fair
662 entlohnt werden. Die Abwerbung von Pflegekräften darf nicht dazu führen, dass der
663 Pflegekräftemangel in ärmere Mitgliedstaaten exportiert wird. Dies gilt auch für die
664 Abwerbung von Ärzt*innen, die keine Verschlechterung der medizinischen Versorgung
in diesen
665 Ländern bedingen darf. Umweltbelastungen wie Lärm, Luftschadstoffe und Rückstände
in
666 Trinkwasser und Nahrungsmitteln bedrohen die menschliche Gesundheit. Wir setzen
uns dafür
667 ein, dass das Vorsorgeprinzip in allen Bereichen, die die menschliche Gesundheit
betreffen,
668 uneingeschränkt zur Anwendung gelangt.
669 Prävention statt Repression - Cannabis europaweit legalisieren
670 Wir setzen uns ein für eine europäische Drogenpolitik, die auf Prävention statt
Repression

671 setzt sowie auf Hilfe und Entkriminalisierung statt Verbote. Anstelle der gescheiterten
672 Verbotspolitik fordern wir langfristig eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken
673 orientierte Regulierung von Drogen. Dazu gehört für uns zum Beispiel die europaweite
674 Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis. Pauschale Verbote neuer
675 Substanzen lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir Zulassungsverfahren auf der
676 Grundlage von
677 Risikobewertungen und einem strengen Jugend- und Verbraucherschutz.
677 Die Europäische Union soll dazu beitragen, dass überall in Europa ein gut ausgebautes
678 Angebot zur gesundheitlichen Versorgung von abhängigen oder suchtgefährdeten
679 Menschen
680 besteht. Erfolgreiche Ansätze wie Inhaltsstoff-Analysen illegaler Drogen (Drugchecking),
681 Substitutionsprogramme, Konsumräume und Programme zur Originalstoffabgabe und
682 andere
683 Maßnahmen zur Schadensminimierung in allen EU-Mitgliedsländern verfügbar gemacht
684 werden.
682 Wir wollen, dass die Hersteller und Anbieter von gesundheitsgefährdenden Produkten
683 stärker
684 verpflichtet werden, Jugend- und Verbraucherschutz sicherzustellen. Bei der
685 Tabakprävention
686 hat die EU durch Warnhinweise und andere Maßnahmen neue Maßstäbe gesetzt. Dies
687 hat zu einem
688 Rückgang des Tabakkonsums etwa bei Jugendlichen in Deutschland beigetragen.
689 Gesundheitsgefährdende Marketingstrategien der Alkohol- und Tabakindustrie wollen
690 wir in
691 Europa konsequent zurückdrängen. Dazu gehört, dass Außenwerbung und Kinowerbung
692 für Drogen
693 komplett abgeschafft wird. Wir setzen uns für eine Angleichung der Besteuerung von
694 Tabakerhitzern und Zigaretten sowie höhere Mindeststeuern und eine einheitliche
695 Besteuerung
696 alkoholischer Produkte ein. Auch Marketingstrategien für Medikamente müssen kritisch
697 überprüft werden.
698 Zudem fordern wir eine europaweite Strategie zur wirksamen Prävention von nicht
699 substanzgebundenen Abhängigkeitserkrankungen wie beispielsweise der Spielsucht
700 oder dem
701 problematischen Konsum einzelner Internetanwendungen. Ihnen muss z. B. mit
702 Hinweisen zum
703 sachgerechten Umgang und Maßnahmen zur Steigerung der Medienkompetenz
704 begegnet werden. Bei
705 allen Maßnahmen ist zudem die Selbstbestimmung der Menschen zu respektieren,
706 anstatt sie zu
707 entrechten oder zu kriminalisieren.
708 Mindestlöhne in ganz Europa – gleicher Lohn für gleiche Arbeit
709 Alle Menschen sollen von ihrer Arbeit gut leben können. Die Mindestlöhne, die in den
710 EU-
711 Mitgliedstaaten derzeit gezahlt werden, variieren jedoch stark, und nicht alle

701 Mitgliedsländer haben einen Mindestlohn. Um Lohndumping in der EU zu Lasten aller
702 Arbeitnehmer*innen zu verhindern, setzen wir uns daher für eine Mindestlohn-Richtlinie
ein,
703 die allen Arbeitnehmer*innen in der EU, entsprechend den Lebenshaltungskosten des
jeweiligen
704 Landes, ein auskömmliches Einkommen garantiert. Damit leisten die Arbeitgeber*innen
auch
705 einen Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU. Außerdem fordern wir
706 konkrete Maßnahmen gegen die geschlechterspezifische Entgelt-Ungleichheit (Gender
Pay Gap),
707 wie beispielsweise die Einführung einer europäischen Entgelttransparenzrichtlinie.

708 Viele Arbeiter*innen aus Osteuropa werden in deutschen Betrieben, z.B. in der
709 Fleischindustrie durch Subunternehmer mittels Werkverträgen zu niedrigen Löhnen und
710 unwürdigen Bedingungen beschäftigt. Osteuropäische Haushaltshilfen müssen häufig
rund um die
711 Uhr verfügbar sein.

712 Wir wollen die Einrichtung von Beratungsangeboten in den Heimatländern fördern. Wir
wollen
713 die Integrationsangebote, z.B. Sprachkurse, die mit Mitteln des Europäischen
Sozialfonds
714 (ESF) finanziert werden auch für Arbeitnehmer*innen aus der EU und deren Angehörige
öffnen,
715 dazu zählt die aktive Förderung der Kinder von zugezogenen Arbeitnehmer*innen.

716 Die in der neuen Entsenderichtlinie vorgesehene Regelung, dass
Unterbringungsbedingungen für
717 entsandte Arbeitnehmer angemessen und im Einklang mit den nationalen Vorschriften
stehen
718 sollen, muss mit einem wirksamen Sanktionsrahmen versehen werden. Die
Entsenderichtlinie war
719 ein wichtiger grüner Teilerfolg, um den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in
720 Europa durchzusetzen. Für die Umsetzung braucht es aber mehr staatliche Kontrollen.
Außerdem
721 müssen auch in andere Länder entsandte LKW-Fahrer*innen dringend in die
Entsenderichtlinie
722 aufgenommen und umfassend geschützt werden. Bislang sorgen aber Konservative,
Liberale und
723 Sozialdemokraten im Europaparlament dafür, dass ihnen soziale Rechte auf
angemessene
724 Bezahlung und Ruhepausen weiterhin verwehrt werden.

725 Diskriminierung am Arbeitsplatz bekämpfen

726 Alle Europäer*innen haben das Recht auf Gleichbehandlung. Leider ist das für viele
Menschen
727 am Arbeitsplatz noch keine Realität. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, des
Alters,
728 einer Behinderung, der ethnischen Herkunft oder Rasse, der Religion, der sexuellen
729 Orientierung und weiteren Merkmalen ist weiterhin Realität. Die EU hat im Kampf gegen
730 unfaire Behandlung bereits viel erreicht. Wir stehen für einen weiteren Ausbau von

731 Initiativen gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz, um allen Menschen
Gleichbehandlung zu
732 garantieren.

733 Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs gegen die Diskriminierung an von
734 Religionsgemeinschaften und anderen Tendenzbetrieben angebotenen Arbeitsplätzen
muss in
735 nationales Recht umgesetzt werden.

736 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 737 • einklagbare soziale Grundrechte,
- 738 • eine Grundsicherung für alle Menschen in der EU,
- 739 • europaweite Legalisierung von Cannabis,
- 740 • europaweite Mindestlöhne.

741 **2.7 Mobil arbeiten in Europa: Freizügigkeit sozial ausgestalten**

742 Alle EU-Europäer*innen haben das Recht, sich in der EU frei zu bewegen, ihren Wohn-
und
743 Arbeitsort frei zu wählen. Freizügigkeit ist Kern des europäischen Projektes.

744 Das Steuer- und Sozialversicherungsrecht muss so gestaltet werden, dass es mobile
745 Arbeitnehmer*innen stärkt. Eine Arbeitnehmerin, die sich für eine Arbeit in einem
anderen

746 Land entscheidet, darf deshalb keine Nachteile erleiden. Bestehende
Versicherungslücken für

747 Grenzpendler*innen müssen geschlossen werden. Die Anerkennung von Bildungs- und
748 Berufsabschlüssen innerhalb Europas muss weiter verbessert werden. Gleiches gilt
auch für

749 die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen. Noch immer ist es oftmals schwer,
750 bürokratisch und langwierig im Nicht-EU-Ausland erworbene Abschlüsse und
Qualifizierungen

751 anerkennen zu lassen. Daher wollen wir die Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit auch für
752 Migrant*innen aus Drittstaaten innerhalb der EU stärken.

753 Wir wollen die Beratung von Arbeitnehmer*innen aus anderen EU-Mitgliedstaaten vor
Ort

754 verbessern und die EU-Beratungsstellen ausbauen. So bauen wir Hürden für Mobilität in
Europa

755 ab.

756 Wir unterstützen die neue europäische Arbeitsbehörde, um sicherzustellen, dass
757 grenzüberschreitend tätige Arbeitnehmer gleiche Rechte in allen EU-Ländern haben.
Nationale

758 Behörden müssen hier mit der neuen Arbeitsbehörde kooperieren. Arbeitnehmer*innen
brauchen

759 Stärkung bei der Ausübung der Freizügigkeit und auch bei der Durchsetzung ihrer
sozialen

760 Grundrechte - dazu gehört auch der Schutz vor sexualisierter Gewalt. Eine europäische
statt

761 nationale Sozialversicherungsnummer muss folgen, damit, wer grenzüberschreitend

arbeitet,
762 unkompliziert soziale Sicherheit und hinterher seine Rente genießen kann. Ein EU-
763 Sozialversicherungsregister ist folgerichtig, um Sozialdumping das Handwerk zu legen.

764 Die Mobilität von LSBTIQ* Menschen ist in besonderen Maßen eingeschränkt. In den
meisten
765 Mitgliedsstaaten werden ihre Ehen und Lebenspartnerschaften zwar anerkannt, aber in
einigen
766 Staaten auch weiterhin nicht. Regenbogenfamilien müssen sich vor Antritt einer Reise
immer
767 fragen, ob sie als Eltern ihrer Kinder in einem anderen Mitgliedstaat rechtlich anerkannt
sind. Das darf nicht sein. Regenbogenfamilien, Lebenspartnerschaften und
768 gleichgeschlechtliche Ehen müssen europaweit anerkannt werden. Dazu gehört die
Anerkennung
769 von Geburtsurkunden, Adoptionen und Pflegekindvereinbarungen oder anderen
Dokumenten, die
770 den Familienstatus betreffen.

772 Die besondere Stärke der EU ist, dass Arbeitnehmer*innen, die in Europa mobil sind,
ihre in
773 einem Land erworbenen Ansprüche nicht verlieren, sondern mitnehmen können. Eine
774 Arbeitnehmerin, die sich in Österreich eine Rente erarbeitet hat, kann ihren Ruhestand
auch
775 in Schweden verbringen. Wir wollen, dass dies auch für Betriebsrenten uneingeschränkt
gilt.

776 Dass die EU sicherstellt, dass Arbeitnehmer nicht aufgrund ihrer Nationalität
diskriminiert
777 werden, ist Ausdruck des gemeinsamen Wertekanons und zugleich eine essenzielle
Maßnahme
778 gegen Sozialdumping. Umso unverständlicher ist es, dass gerade in diesem
Zusammenhang in
779 Deutschland immer wieder die Debatte über das Kindergeld vom Zaun gebrochen wird.
Kindergeld
780 erhalten in Deutschland alle Arbeitnehmer*innen, die arbeiten und Steuern zahlen.
781 Das soll auch so bleiben. Es gibt zwar Fälle von Missbrauch durch Einzelne, allerdings ist
782 dies kein Grund das komplette System in Frage zu stellen.

783 Ein evtl. Missbrauch der Kindergeldregelungen darf jedoch nicht dazu führen, dass alle
784 Unionsbürger*innen in Mithaftung genommen werden, die einfach nur ihr Recht auf
785 Freizügigkeit wahrnehmen. Zumal das ja auch heißen würde, wenn es für Kinder im
Ausland
786 weniger Geld gäbe, dass das auch für das deutsche Kind gelten müsste, das zum
Beispiel in
787 Krakau studiert.

788 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 789 • einen einfacheren Arbeitsplatzwechsel in andere EU-Länder,
- 790 • Freizügigkeit mit Schutz für Arbeitnehmer*innen in Europa.